UV

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

- Unternehmerverband Berlin e.V.
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Initiativgruppe Thüringen
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

IG der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o UV Sachsen e. V. • Bergweg 7 • 04356 Leipzig

Kontaktbüro der IG:

Unternehmerverband
Sachsen e.V.
Bergweg 7
04356 Leipzig
Tel. 0341 52625 844
Fax 0341 52625 833
E-Mail: info@uv-sachsen.org

Europäische Kommission Brüssel
EU-Kommissionspräsident
Herrn Jean-Claude Juncker
Rue de la Loi / Wetstraat 200
B-1049 Brüssel

Leipzig, 13. August 2014

Sehr geehrter Herr EU-Kommissionspräsident,

die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin hat mit großer Besorgnis die Entscheidung der EU, Russland mit Sanktionen zu belegen, zur Kenntnis genommen. Wir glauben, dass damit ein falscher Weg eingeschlagen wird, der in einem neuen Kalten Krieg enden könnte. Nur über einen konstruktiven Dialog, der Russland eine wirtschaftliche Perspektive bietet, kann der Frieden in Europa langfristig erhalten bleiben.

Aus diesem Grund ist eine Ausgrenzungsstrategie der falsche Weg. Stattdessen muss der wirtschaftlichen und politischen Integration der russischen Föderation neues Leben eingehaucht werden.

Wir fordern von Ihnen, alles zu tun, um eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu intensivieren und gleichzeitig über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auch mit Blick auf eine gemeinsame Freihandelszone zu diskutieren. Die Verhandlungen müssen mit der gleichen offenen Bereitschaft geführt werden, wie dies die EU auch mit den USA praktiziert. Damit könnte ein Integrationsprozess in Gang gesetzt werden, der ähnlich der Anfangsphase der EU mit Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu mehr Frieden und Wohlstand in Europa geführt hat. Wir glauben, dass die EU in diesem Sinne auf Dauer nicht ohne Russland auskommen kann.

Die Sanktionen treffen zudem in vielen Fällen die mühsam aufgebauten Geschäftsbeziehungen kleiner mittelständischer deutscher Unternehmen, vor allem in Ostdeutschland. Sie haben sich in den vergangenen Jahren, unterstützt von der deutschen und europäischen Politik, auf den wachstumsstarken russischen Markt konzentriert.
Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass dies viele KMU in existentielle Nöte bringen wird. Die neuen Bundesländer würden darunter verstärkt leiden, der Aufholprozess wäre um Jahre zurückgeworfen.

Die Unternehmerverbände der neuen Bundesländer appellieren deshalb dringlich an Sie, die Beziehungen zu Russland nicht durch Sanktionen zu gefährden, sondern einen konstruktiven Dialog zu führen, an dessen Ende eine Integration Russlands in die EU steht.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Bunsen
Sprecher der Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

Die Interessengemeinschaft ist ein Zusammenschluss von regionalen Unternehmerverbänden aus Ostdeutschland und Berlin, die die Interessen der klein- und mittelständischen Wirtschaft gegenüber Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit vertritt. Sie repräsentiert mehr als 22.000 Unternehmer, Handwerker, Selbständige und Freiberufler.